



Antrag 1/2001

zur 134. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien am 8. November 2001.

NEIN ZUM "INTEGRATIONSVERTRAG"

Durch die vom Ministerrat beschlossenen Eckpunkte des "Integrationsvertrages" sollen Neuzuwanderer und deren Familienmitglieder, bereits in Österreich lebende arbeitslose Drittstaatsangehörige sowie AusländerInnen, die eine Verfestigung des Aufenthaltes anstreben, verpflichtet werden, sog. "Deutsch-Integrationskurse" zu besuchen. Davon können lediglich diejenigen befreit werden, die ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen können. Wer den Kurs nicht besucht oder nicht erfolgreich absolviert, muss mit Sanktionen rechnen. Abgesehen von der Setzung einer Nachfrist, reichen die Sanktionen vom Absenken bis Verlust des Kursbeitragszuschusses über Geldbußen bis hin zur Nicht-Ausstellung einer Niederlassungsbewilligung bzw. Auslaufen des Aufenthaltsrechtes.

Integration kann es nur geben, wenn diese freiwillig erfolgt und entsprechende Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.

Die AK-Vollversammlung möge daher beschließen, dass sich

die AK-Wien entschieden gegen den sog. „Integrationsvertrag“ ausspricht und sich verpflichtet, in keinerlei Art und Weise zu seiner Implementierung beizutragen.



Antrag 2/2001

zur 134. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien am 8. November 2001.

Schaffung eines Ausschusses für die Umsetzung von geeigneten Rahmenbedingungen für eine echte Integration von MigrantInnen.

Wie aus veröffentlichten Daten hervorgeht, sind rund 750.000 AusländerInnen in Österreich wohnhaft, davon rund 640.000 Drittstaatsangehörige (85%).

Bemerkenswert ist, dass

- Jugendliche aus Drittstaaten primär auf die untersten Bildungsstufen konzentriert sind,
- eine hohe Konzentration der ausländischen Arbeitskräfte auf wenige Wirtschaftszweige festzustellen ist,
- keine Verringerung des Lohnunterschiedes zwischen In- und AusländerInnen feststellbar ist,
- die Arbeitslosenrate der AusländerInnen in allen Bundesländern (mit Ausnahme des Burgenlandes und Niederösterreichs) im Vergleich zu InländerInnen höher ist.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass diese Gruppe der österreichischen Bevölkerung, darunter auch viele AK-Mitglieder, nach wie vor weitgehendst von politischer Partizipation ausgeschlossen ist. Weiters ist Drittstaatsangehörigen der Zugang zum sozialen Wohnungsbau, verschiedenen Sozialleistungen und zum Arbeitsmarkt zum Teil bzw. zur Gänze verwehrt.

Eine echte Integration erfordert die Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen, und zwar in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Wie die Erfahrung in der AK zeigt, hat sich die gesonderte Behandlung der Aspekte dieser Rahmenbedingungen in verschiedenen Ausschüssen als nicht zielführend erwiesen.

Die AK-Vollversammlung möge daher beschließen, dass

ein Ausschuss (Integrationsausschuss) für die Umsetzung von geeigneten Rahmenbedingungen für eine echte Integration von MigrantInnen geschaffen wird.



Antrag 3/2001

zur 134. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien am 8. November 2001.

GEGEN DIE AUSHÖHLUNG DER FINANZIELLEN RESSOURCEN DES AMS

Die von der gegenwärtigen Regierung mittels Gesetzesänderungen praktizierten Aushöhlung der finanziellen Ressourcen des AMS hat bereits zu drastischen Einsparungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Beratung, Betreuung und Umschulung von Arbeitslosen geführt. Davon betroffen sind vor allem Langzeitarbeitslose, jugendliche Arbeitssuchende, drittstaatsangehörige MigrantInnen und Frauen.

Die AK-Vollversammlung möge

geeignete Maßnahmen beschließen, die diese missbräuchliche Verwendung von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen rückgängig macht.



Antrag 4/2001

zur 134. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien am 8. November 2001.

ELEKTRONISCHES AK SERVICE

Die AK-Wien verwendet bei Durchführung ihrer Serviceleistungen immer mehr Mittel der elektronischen Informationstechnologie. Dies ist zu begrüßen. Zugleich muss daran erinnert werden, dass vielen AK-Mitgliedern die private Benutzung solcher IT aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, bzw. ihnen die nötigen Kenntnisse für eine erfolgreiche Benutzung dieser Technologie fehlen.

Die AK-Vollversammlung möge daher beschließen, dass

die AK-Wien kostenlose Kurse bzw. geeignete leicht verständliche Information anbietet, die ihren Mitgliedern zumindest jene Kenntnisse vermitteln, die eine zweckdienliche Benutzung des elektronischen AK-Services ermöglichen.



Antragszuweisungen

Zuweisung der Anträge zur 132. Vollversammlung vom 8. November 2001

Fraktion	Nr	Thema	Beschluß	Zuweisung
Alle (außer FA)	1	Keine Lohnnebenkostensenkung zu Lasten der Arbeitnehme-rInnen (der sozialen Sicherheit) – Arbeitskosten auf sozial verträgliche Weise entlasten	Annahme	Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik
	R	Reform der Abfertigung	Annahme	Sozialpolitik
	1	Schluß mit dem Stillstand in der Schulpolitik	Annahme	Bildung
	2	Keine „Unireform“ auf Kosten der Studierenden und Beschäftigten	Annahme	Bildung
	3	35 Stunden Weiterbildung für alle ArbeitnehmerInnen	Annahme	Bildung
	4	Neuorientierung des Fremden- und Ausländerbeschäftigungsrecht	Annahme	Arbeitsmarkt
	5	Eigenständige Alterssicherung von Frauen	Annahme	Frauenarbeit
	6	Aus- und Weiterbildung	Annahme	Jugendschutz
	7	Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Sozial- und Abgabenbetrug	Annahme	Sozialpolitik
	8	Finanzierung der sozialen Krankenversicherung	Annahme	Sozialversicherung
	9	Bekämpfung von Sozialbetrug, illegaler und unmenschlicher Praktiken im LKW-Verkehr und in der Donauschiffahrt	Annahme	Verkehr und Tourismus
	10	Novelle der Gewerbeordnung	Annahme	Wirtschaftspolitik
	11	Dauerhafte Verringerung der Umweltbelastung durch den LKW-Transitverkehr	Annahme	Verkehr und Tourismus
	12	AK fordert klare Positionierung der Regierung ein: Wer hat die Kosten der EU-Erweiterung zu tragen	Annahme	Außenwirtschaft
	14	Wirtschaftslage in Österreich – die Regierung muss handeln	Annahme	Wirtschaftspolitik
	15	Qualitativ hochwertige Betriebliche Gesundheitsförderung	Annahme	Arbeitnehmerschutz
16	ArbeitnehmerInnenschutz	Annahme	Arbeitnehmerschutz	
ÖAAB	R	Arbeitsfreie Sonn- und Feiertage		Sozialpolitik

	1 Steuerreform 2003	Zuweisung	Finanzpolitik
	2 Lohnsteuerfreibetrag für Kinderbetreuung	Zuweisung	Finanzpolitik
	3 Vergütung von Mietverträgen	Annahme	Konsumentenschutz
	4 Rechtssicherheit und Kontrolle im Transportgewerbe	Annahme	Verkehr und Tourismus
	7 Schwarzarbeitsgesetz	Zuweisung	Sozialpolitik
FA	1 Lehrlingsförderungsprogramm	Zuweisung	Jugendschutz
	4 Untersuchung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Arbeitnehmern in Business Parks	Zuweisung	Wirtschaftspolitik
	5 Kontrollwaagen	Zuweisung	Konsumentenschutz
AUGE/UG	VKI erhalten	Zuweisung	Konsumentenschutz
	1 Dienstgeberbeiträge für geringfügig Beschäftigte	Annahme	Sozialpolitik
	2 Übergangsbestimmungen bei der Änderung des Abfertigungsrechtes	Annahme	Sozialpolitik
	3 Datenschutz bei der „Abfertigung neu“	Annahme	Sozialpolitik
	4 Familienhospizkarenz	Annahme	Sozialpolitik
	5 Neugestaltung des Lohnzettels	Zuweisung	Sozialversicherung, Finanzpolitik
	6 Arbeitsmarktpolitik	Zuweisung	Arbeitsmarkt
	7 Reform des ALVG	Zuweisung	Arbeitsmarkt
	8 AMS: Arbeitslosigkeit steigt, Personalstand bleibt gleich	Annahme	Arbeitsmarkt
	9 Arbeitszeitverkürzung	Zuweisung	Sozialpolitik
	10 Gesundheit für alle	Annahme	Sozialversicherung
GA	1 EU-weite grundlegende Agrarreform	Zuweisung	Wirtschaftspolitik
	2 Grenzwerte beim Einsatz von Pestizid-Mischungen	Zuweisung	Konsumentenschutz
	3 Kein Patent auf Leben	Zuweisung	Wirtschaftspolitik
	5 Österreich als Gentechnikfreie Zone in der Landwirtschaft	Zuweisung	Wirtschaftspolitik
	6 Deutlichere Kennzeichnung von Waren, die gentechnisch behandelte Inhaltsstoffe enthalten	Zuweisung	Konsumentenschutz
	7 Abschaffung der Ambulanzgebühren	Annahme	Sozialversicherung
BDFA	1 Konsequentes Nein zum sog. „Integrationsvertrag“	Zuweisung	Arbeitsmarkt
GLB	1 Pensionsaltersregelung unangetastet lassen.	Zuweisung	Sozialversicherung

	3	Keine Benachteiligung von Zivildienern	Annahme	Sozialpolitik
	4	Rücknahme des Gesetzesentwurfs für das Universitätengesetz 2002	Annahme	Bildung
	7	Schwarze Liste für schwarze Schafe im Unternehmensbereich	Annahme	Sozialpolitik
	6	Aufhebung der Bindung der Mieten an den Index	Annahme	Konsumentenschutz
	9	35 Jahre im Kranken- und Pflegedienst sind genug!	Zuweisung	Sozialversicherung
	10	Eine andere Welt ist möglich und nötig!	Zuweisung	Außenwirtschaft, Sozialpolitik
	12	Gegen die Abschaffung der Pragmatisierung von Gemeinde-bediensetzten!	Annahme	Öffentlicher Dienst
	13	Keine Minderung der Unterhaltsansprüche	Zuweisung	Frauenarbeit
	§ 15	Kommunales Wahlrecht	Zuweisung	Petitionsausschuss, Vorstand